

Deutschland-Mainhardt: Dienstleistungen von Ingenieurbüros
OJ S 119/2023 22/06/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Mainhardt
Postanschrift: Hauptstraße 1
Ort: Mainhardt
NUTS-Code: DE11A Schwäbisch Hall
Postleitzahl: 74535
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Herr Volker Heiden
E-Mail: heiden@mainhardt.de
Telefon: +49 7903/9150-0
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.mainhardt.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E69598363>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.subreport.de/E69598363>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Sanierung und Erweiterung der Kläranlage in Mainhardt

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die Gemeinde Mainhardt betreibt derzeit vier Kläranlagen in Gailsbach, Bubenorbis, Schönhardt (Schilfkläranlage) und Mainhardt. Im Rahmen eines Strukturgutachtens wurde ein Zusammenschluss auf der Kläranlage in Mainhardt empfohlen. Der Umschluss der Kläranlage Schönhardt ist ausgekoppelt und bereits in Bearbeitung. Für den Anschluss der beiden anderen Kläranlagen ist die Kläranlage in Mainhardt auf rd. 13.000 EW auszubauen. Hierfür wird ein Planungsbüro gesucht.

In einer parallel laufenden Ausschreibung wird der Planer für die Trassen und Pumpwerke zur Anbindung der Kläranlagen an die Kläranlage in Mainhardt gesucht (www.subreport.de/E14286381).

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71322000 Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau, 90420000 Abwasserbehandlung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE11A Schwäbisch Hall

Hauptort der Ausführung: Kläranlage Mainhardt 74535 Mainhardt

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Der Auftrag umfasst die Planungsleistungen und die Ausführung des Umbaus der Kläranlage Mainhardt unter Berücksichtigung der aktuell am Markt erhältlichen Anlagentechnik, die hohe Betriebsverfügbarkeit und zuverlässige Bedienbarkeit mit technischer Innovation vereinbart.

Der Auftraggeber beabsichtigt hierfür folgende Leistungen zu vergeben:

- Objektplanung Ingenieurbauwerke gemäß HOAI 2021 § 43 (LPh 1 - 9)
- Leistungsbild Technische Ausrüstung gemäß HOAI 2021 § 55 (LPh 1 - 9)
- Leistungsbild Tragwerksplanung gemäß HOAI 2021 § 51 (LPh 1 - 6)

Ferner ist geplant, folgende besondere Leistungen zu vergeben:

- Bestandspläne erstellen (Ingenieurbauwerke)
- Sicherheits- und Gesundheitskoordinator (Ingenieurbauwerke)
- örtliche Bauüberwachung (Ingenieurbauwerke)
- Fortschreibung der Ausführungspläne bis zum Bestand (Verfahrens-/Prozesstechnik)
- Bewehrungsabnahme (Tragwerksplanung)

Anzubieten sind auch die Verrechnungssätze in Euro netto/Stunde.

Vom Planer sind Ausbauvarianten auszuarbeiten und einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zu unterziehen.

Neben den planerischen und konzeptionellen Vorüberlegungen ist die Aufgabe des Ingenieurbüros die Ausführungsplanung und Realisierung der gewählten Lösungen.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Projektvorstellung / Gewichtung: 30

Qualitätskriterium - Name: Strukturelle Herangehensweise / Gewichtung: 30

Qualitätskriterium - Name: Beantwortung der Fragen / Gewichtung: 10

Kostenkriterium - Name: Honorar / Gewichtung: 30

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 15/11/2023 Ende: 30/06/2027

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Der Auftraggeber behält sich vor, weitere sonstige Leistungen und/oder Stufen einzeln oder im Ganzen optional zu übertragen. Auf die Beauftragung der weiteren Leistungen besteht kein Rechtsanspruch. Der Auftrag kann z. B. verlängert werden durch Beauftragung im Falle einer Insolvenz einer ausführenden Firma und im Falle eines Schadensereignisses.

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 1Höchstzahl: 5Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

1. Ausschluss von zu spät eingegangenen oder formal unzureichenden Bewerbungen
 2. Prüfung und Einhaltung von Mindestanforderungen
 3. Befähigung zur Berufsausübung (s. Pkt. III.1.1) der Auftragsbekanntmachung)
 4. wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit (siehe Punkt III.1.2 und III.1.3 der Auftragsbekanntmachung)
- Einzelheiten können den Teilnahmeunterlagen entnommen werden (siehe Bewertungsmatrix).

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Der Auftraggeber behält sich vor, erforderliche weitere sonstige Leistungen einzeln oder im Ganzen optional zu übertragen. Auf die Beauftragung der weiteren Leistungen besteht kein Rechtsanspruch.

Aus einer stufen- und/oder abschnittsweisen Beauftragung kann der Ingenieur keine Erhöhung seines Honorars ableiten.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Unter <https://www.subreport.de/E69598363> finden Sie weitere Informationen zum Verfahren.

Die Bewerbungsformulare und weitere Unterlagen können von dort kostenlos heruntergeladen und Nachrichten der Vergabestelle eingesehen werden.

Siehe auch unter VI.3) Zusätzliche Angaben.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Vorbemerkung: Die Eignung ist für jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft gesondert nachzuweisen. Soweit nachfolgend nichts Abweichendes geregelt wird, sind daher alle Eignungsnachweise von jedem Mitglied einer Bietergemeinschaft vorzulegen.

1. Nachweis der Mitgliedschaft Berufsgenossenschaft
2. Eintragung im Berufs- oder Handelsregister o.ä. nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bieter ansässig ist (Bescheinigung der zulässigen Stelle)
3. Eigenerklärungen über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen
4. rechtsverbindlich unterschriebener Antrag auf Teilnahme am Verhandlungsverfahren
5. Nachweise/Bescheinigungen auf Verlangen wie folgt:
 - 5.1. Auszug aus dem Gewerbezentralregister oder polizeiliches Führungszeugnis
 - 5.2. Erklärung, dass über das Vermögen ein Insolvenzverfahren oder vergleichbar gesetzliches Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde und das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.
 - 5.3. Erklärung, dass keine schweren Verfehlungen begangen wurden, welche die Zuverlässigkeit in Frage stellen, insbesondere in den letzten 2 Jahren nicht mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2 500 EUR belegt worden sind.
 - 5.4. Erklärung, dass im Angebot vorsätzlich keine unzutreffenden Erklärungen in Bezug auf Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit abgegeben wurden. Wissentlich falsche Erklärungen im Angebot könnenden Ausschluss von dieser und von weiteren Angebotserteilungen zur Folge haben.
 - 5.5. Erklärung von anderen Unternehmern (Nachunternehmer) gelten die o.g. Anforderungen auch für diese. Auf Verlangen sind geforderte Erklärungen, Nachweise und Unterlagen auch für andere eingesetzte Unternehmen abzugeben.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Umsatz des Bewerbers in den letzten 3 Geschäftsjahren (2020-2022) – Angaben in EUR netto
2. Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung für Personenschäden in Höhe von 2 Mio. EUR und für Sachschäden in Höhe von 2 Mio. EUR (kumulativ)
3. Bietergemeinschaften haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterschriebene rechtsverbindliche Erklärung abzugeben, dass im Auftragsfall eine Arbeitsgemeinschaft gebildet wird und dass alle Mitglieder gesamtschuldnerisch haften.
4. Bei Einsatz von anderen Unternehmen (Nachunternehmer) gelten die o.g. Anforderungen auch für diese. Auf Verlangen sind geforderte Erklärungen, Nachweise und Unterlagen auch für andere eingesetzte Unternehmen abzugeben.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. durchschnittliche Anzahl der festangestellten technischen Mitarbeitern in den letzten 3 Geschäftsjahren
2. Anzahl der Nachunternehmer und deren Aufgaben
3. Angaben zu Projektleitung, Stellvertretung und Bauleitung (keine Personalunion); namentliche Nennung, Angaben Berufsstand, fachspezifische Fortbildungen, Berufsjahre
4. namentliche Nennung für die einzelnen Gewerke, Berufsjahre
5. fachspezifische Referenzen in den letzten 10 Jahren:
 - Referenz 1: Mechanische Stufe auf einer Kläranlage zwischen 50 und 100 l/s
 - Referenz 2: SBR-Belebung auf einer Kläranlage zwischen 10.000 und 50.000 EW
 - Referenz 3: Betriebsgebäude auf einer Kläranlage zwischen 10.000 und 30.000 EW

- Referenz 4: örtliche Bauüberwachung auf einer Kläranlage (anrechenb. Kosten IBW > 1,0 Mio. € netto)
persönliche Referenz der für das Projekt vorgesehenen örtlichen Bauüberwachung
- Referenz 5: EMSR-Technik auf einer Kläranlage (anrechenb. Kosten EMSR > 0,25 Mio. € netto)
- Referenz 6: Tragwerksplanung auf einer Kläranlage (anrechenb. Kosten TwPI > 1,5 Mio. € netto)

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Zugelassen ist, wer nach den Ingenieurgesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen oder nach den EG-Richtlinien, insbesondere der Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur tätig zu werden.

Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen entsprechenden Ingenieur oder beratenden Ingenieur benennen.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

1. Die Leistungen fallen unter den Geltungsbereich des Tarifreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestarifreue- und Mindestlohngesetz - LTMG). Bieter und deren Nachunternehmer haben mit Angebotsabgabe die Einhaltung der sich aus diesem Gesetz ergebenden Verpflichtungen durch Eigenerklärungen zu bestätigen.

2. Beachtung der einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften. Die Bieter haben mit Angebotsabgabe hierzu eine Verpflichtungserklärung abzugeben.

3. Im Auftragsfall ist Deutschsprachigkeit (mind. Sprachniveau C1) für Projektleiter, Stellvertreter und Bauleiter sicherzustellen.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4. Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8.

Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 25/07/2023 Ortszeit: 14:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 04/08/2023

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Laufzeit in Monaten: 3 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

1. Die Unterlagen sind zwingend elektronisch über die Vergabeplattform Subreport einzureichen.
2. Der Aufwand für die Erstellung des Teilnahmeantrages wird nicht durch den Auftraggeber erstattet.
3. Fragen zur Bewerbung sind ausschließlich über die Vergabeplattform Subreport zu stellen. Eine rechtzeitige Beantwortung der Fragen vor Ablauf der Frist für den Eingang der Bewerbungen kann nur erfolgen, wenn die Fragen bis spätestens 18.07.2023 eingehen. Rückfragen von Bewerbern, deren Beantwortung über die in den Vergabeunterlagen hinausgehende Informationen enthält, werden unter der Subreport-ID, auf der die sonstigen Vergabeunterlagen zu finden sind, veröffentlicht. Registrierten Interessenten werden die Informationen per E-Mail übermittelt.
4. Weitere Unterlagen über die verlangten Erklärungen, Nachweise und Referenzen hinaus sind nicht erwünscht und werden bei der Wertung nicht berücksichtigt. Es genügt zunächst grundsätzlich die Einreichung gut lesbarer Kopien. Auf Verlangen sind Originale bzw. beglaubigte Abschriften vorzulegen.
5. Die Nachforderung folgender Unterlagen wird vorbehalten: Bescheinigung öffentlicher Auftraggeber über die Ausführung der angegebenen Referenzprojekte.
6. Der Bieter kann sich auf der Subreport E-Vergabe-Plattform kostenfrei anmelden. Der Support von Subreport steht telefonisch unter +49(0)221/98578-0 zur Verfügung.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76247

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 721/9268730
Fax: +49 721/9263985
Internet-Adresse: www.rp.baden-wuerttemberg.de

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB).
Hinsichtlich der Einleitung von Nachprüfungsverfahren wird auf § 160 GWB verwiesen. Dieser lautet:

- (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.
- (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.
- (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:
 - 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat,
 - 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 - 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist der Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 - 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Hinsichtlich der Information nicht berücksichtigter Bieter und Bewerber gelten die §§ 134, 135 GWB.

Insbesondere gilt: Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Das gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an den betroffenen Bieter ergangen ist.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg
Postanschrift: Durlacher Allee 100
Ort: Karlsruhe
Postleitzahl: 76247
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de
Telefon: +49 721/9268730
Fax: +49 721/9263985
Internet-Adresse: www.rp.baden-wuerttemberg.de

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

20/06/2023